

Protest-Vorlesung auf der Passat:
„Wir lassen uns nicht verschiffen!“



Während Medizintechnik-Studentin Ulrike Kalapis die Protest-Fahne hisst, haben sich hinter ihr die Kommilitonen zur Vorlesung versammelt. Fotos: NEELSEN (2), MEIER

VON MICHAEL HOLLINDE

Erst die Freilichtbühne in Schönberg, dann der Berliner Tiergarten und gestern die Viermastbark „Passat“ in Travemünde – die Liste der Hörsäle außerhalb des Campus wird immer länger.

Schon von weitem sind die gelben Farbtupfer an Deck des Museumsschiffs im Passathafen zu erkennen. Mit Uni-Protestfahnen, die im Sonnenlicht glänzen, werden die auslaufenden Fähren nach Skandinavien von den Studierenden begrüßt. „Doch nicht, dass hier ein falscher Eindruck entsteht“, sagt Professor Horst Pagel, „der normale Unterricht heute morgen geht weiter. Wir haben für die Exilvorlesungen lediglich die Örtlichkeit gewechselt.“ Schließlich werde das Wissen am

Ende des Semesters in den Klausuren abgefragt. „Dass wir Dozenten mitmachen, war selbstverständlich. Ich ziehe den Hut vor den Aktivitäten der Studierenden. Diese Art des kreativen Protests ist beeindruckend.“ An diesem Vormittag haben die jungen Leute das Motto „Wir lassen uns nicht verschiffen, wir werfen den Anker“ gewählt.

Ein paar einleitende Worte zur aktuellen Lage lässt sich aber keiner der vier Professoren nehmen, bevor er zum eigentlichen Lehrstoff übergeht. So stellt Professor Christian Hübner vom Institut für Physik klar: „Die Entscheidung, der Universität Lübeck das Herz auszureißen, ist nicht schmerzhaft. Sie ist tödlich. Wir dürfen nicht nachlassen in dem Bemühen, im Dialog mit den Verantwortlichen diesen Schaden von

der Hochschule, von der Region, vom Land abzuwenden.“ Erst danach geht es in den Ausführungen des Dozenten um die „Zelle aus biophysikalischer Sicht“ und die „Spektroskopie als Analyseverfahren“.

Ulrike Kalapis, die Medizinische Ingenieurwissenschaft studiert und sich in der Fachschaft engagiert, ist von der Atmosphäre begeistert. „Wir lassen durch diese Aktion das Siegel unserer Hochschule mit der Kogge lebendig werden“, erläutert sie. Einer, der auf der „Passat“ quasi zu Hause ist, beobachtet das ganze Treiben mit viel Wohlwollen – Kapitän a. D. Ulf Sack. „Mein Bruder war der erste Doktorand der Medizinischen Hochschule in Lübeck. Aber nicht nur deswegen ist das für mich eine ganz wichtige Sache, dass die Uni erhalten bleibt.“

IHK-Umfrage: Lübecks Wirtschaft braucht die Uni

Vermutet haben es alle in Lübeck, jetzt liegen Zahlen auf dem Tisch: Die Medizin-Branche bietet 23 000 Arbeitsplätze in der Region und macht Milliarden-Umsätze.

**Lübecks
Uni
bleibt!**

VON JOSEPHINE V. ZASTROW

Wissenschaft ist Wirtschaft. Das ist das Fazit einer aktuellen IHK-Umfrage. Von Fehmarn über Nordstedt bis nach Lauenburg gibt es mehr als 1000 Unternehmen in der Medizin, der Medizintechnik und dem Gesundheitswesen. Sie bieten 23 000 Menschen einen Job – und machen einen Jahresumsatz von vier Milliarden Euro.

„Unsere Wirtschaft braucht die Uni Lübeck“, resümiert IHK-Präsident Christoph Andreas Leicht. Fast 20 Prozent der befragten Firmen überlegen, die Region zu verlassen, wenn der Medizinstudiengang schließt. „Damit verliert die Region die Chance, sich als Standort für Medizintechnik weiterzuentwickeln“, so Leicht. Denn ein Drittel der Firmen kooperiert mit der Hochschule. „Mehr als 29 Prozent betreiben gemeinsame Projekte mit der Uni Lübeck“, sagt Leicht.

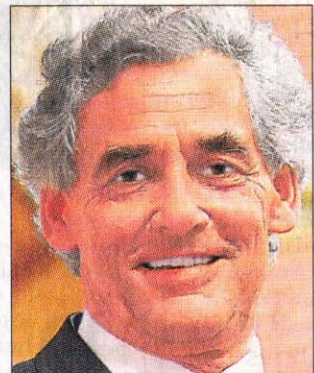
Deshalb werten etliche Unternehmen das von der schwarz-gelben Landesregierung geplante Aus der Mediziner Ausbildung an der Uni Lübeck als eine Schwächung des Standorts. Mehr als 86 Prozent der Befragten befürchten dadurch einen Imageschaden für Lübeck. Das könnte Auswirkungen auf Investitionen und Ansiedlungen von Unternehmen haben, so Leicht. Für die Firmen sei es ohne Universität schwierig, qualifizierten Nachwuchs zu bekommen.

„Das Aus für das Medizinstudium wird den Fachkräftemangel noch verstärken, denn 26,4 Prozent der Firmen rekrutieren Personal von der Uni Lübeck“, so Leicht. Klar ist für fast alle Firmen, dass es ohne die Medizin auch keine Uni mehr in der Hansestadt gibt – das erklären 92 Prozent der Firmen.

Die IHK hat in Lübeck und den vier umliegenden Kreisen Ostholstein, Herzogtum Lauenburg, Segeberg und Stormarn 110 ausgewählte Unternehmen interviewt – mit insgesamt 15 000 Mitarbeitern und einem Gesamtumsatz von 1,6 Milliarden. Unter den Befragten sind kleine Pflegedienstfirmen, aber auch weltweit tätige Unternehmen wie Dräger. Nach Angaben der IHK handelt es sich um eine repräsentative Umfrage.

Wirtschaftssenator Sven Schindler (SPD) sieht sich durch das Ergebnis der IHK-Umfrage bestätigt:

„Das belegt, dass die Tendenz unserer Berechnungen richtig ist.“ Schindler geht von 12 000 Arbeitsplätzen allein in Lübeck aus, die wegfallen: „Es werden in Lübeck zehn Prozent der Arbeitsplätze verloren gehen.“ Außerdem rechnet er mit einem Schwund von 20 000 Einwohnern in den nächsten Jahren. Die Zahlen von Stadt und IHK belegen laut Schindler „die unglaubliche Wichtigkeit der Uni für Lübeck und das Umland“. Nur vordergründig gehe es um die Schließung eines Studiengangs. Schindler: „Es geht um eine gesamte Region – um ein Viertel von Schleswig-Holstein.“ Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) bestätigt: „Es gibt das Risiko, dass Firmen ihren Sitz woanders hin verlegen.“ Sein Kommentar zur Umfrage: „Diese Zahlen sind ein echtes Warnzeichen. Das kann die Landesregierung nicht ignorieren.“



Bürgermeister Bernd Saxe: „Die Zahlen kann die Landesregierung nicht ignorieren.“



IHK-Präsident Christoph Andreas Leicht: „Unsere Wirtschaft braucht die Uni.“

Konzept ist auf dem Weg nach Kiel

Wie gestern Uni-Kanzler Dr. Oliver Grundei auf LN-Nachfrage bestätigte, ist der Alternativ-Vorschlag zur Rettung der Medizin in Lübeck fertiggestellt und heute auf dem Weg an „die Herren Carstensen, Wiegard und de Jager“ nach Kiel. Zu den Details des Konzeptes wollte sich Grundei jedoch nicht

äußern, um sich damit an die beim Krisentreffen in Bargtheide getroffenen Absprachen zu halten. Die Inhalte sollen erst nach einem Gespräch mit der Landesregierung veröffentlicht werden. Danach möchte sich auch Lübecks FDP-Landtagsabgeordneter Gerrit Koch wieder mit dem Allgemeinen Studie-

rendenausschuss (Asta) der Uni treffen. Schon gestern saßen die Studenten über zwei Stunden mit dem Politiker zusammen. Beide Seiten lobten die „sehr freundliche und konstruktive Gesprächsatmosphäre“. „Das ist mal ein Koalitionspolitiker, der zuhören kann und Argumenten zugänglich ist“, so der Asta. mho